

Nr. 117

Arbeitsfrühstück des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand
Straßburg, 9. Dezember 1989

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 79, Bl. 310–315. – Vermerk des VLR I Bitterlich, 14. Dezember 1989. – Gesprächsdauer: 8.45 bis 9.30 Uhr.

Teilnehmer:

auf französischer Seite:

Der Staatspräsident

Jacques Attali

Elisabeth Guigou

Hubert Védrine

Dolmetscherin

auf deutscher Seite:

Der Bundeskanzler

MDg Dr. Neuer

MDg Dr. Hartmann

VLR I Bitterlich

Dolmetscherin

Aus dem Gespräch ist im wesentlichen festzuhalten:

Der Bundeskanzler weist eingangs darauf hin, daß der Entwurf der Schlußfolgerungen¹ bisher leider nicht in deutscher Sprache vorliege. Seine Mitarbeiter hätten ihm den wesentlichen Inhalt vorgetragen, den er für insgesamt sehr gelungen halte. Er hoffe daher auf einen raschen Durchgang und Abschluß der Erörterung. In der Sitzung werde er Anmerkungen zu zwei Textpassagen vortragen.

Der Bundeskanzler spricht sodann den außerordentlichen Parteitag der SED an. Man habe ununterbrochen bis heute morgen getagt und wollte der Partei eine neue Struktur, vielleicht auch einen neuen Namen geben. Künftig werde es weder ein Politbüro noch ein Zentralkomitee geben, sondern ganz bürgerlich einen Parteivorsitzenden, Stellvertreter und einen Vorstand.²

Auf entsprechende Frage des Staatspräsidenten erläutert der Bundeskanzler, daß er es als unsicher erachte, ob die Partei damit eine stabilere Lage finden könne. MP Modrow habe ihm heute nacht eine Botschaft mit dem Wunsch zukommen lassen, daß er – der Bundeskanzler – jetzt und insbesondere bei seinem Besuch in Dresden³ beruhigend auf die Öffentlichkeit einwirken möge. Grund der sich steigernden Unruhe der Bevölkerung sei die Aufdeckung von mehr und mehr Korruption. Die alte Führung werde aus der Partei ausgeschlossen, zum Teil unter Anklage gestellt, zum Teil sei sie bereits in Haft.

Der Staatspräsident gibt zu bedenken, daß mit diesen Aufdeckungen auch politische Rache verbunden sei. Das Regime stürze in sich zusammen. Es sei eine echte Revolution, die vom Volk ausgehe – im Gegensatz zu der russischen Revolution 1917. Das gleiche wie in der DDR spiele sich jetzt in Prag ab. Er frage sich, wie Gorbatschow reagieren würde, wenn nicht er mit der Reformbewegung begonnen hätte, sondern diese zunächst in den anderen Ländern entstanden wäre – und ob überhaupt bzw. wie Gorbatschow die Einführung eines echten Mehrparteiensystems in der Sowjetunion noch verhindern könne oder ob er dies überhaupt wolle.

Der Bundeskanzler ergänzt, daß die Lage in ganz Mittel- und Osteuropa sehr kritisch sei. Der Westen müsse beruhigend einwirken. Er werde dies in einer Woche in Budapest versu-

1 Gemeint waren die Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates, der am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg tagte (endgültige Fassung in: Bulletin. Nr. 147. 19. Dezember 1989, 1241–1245).

2 Zu den Beschlüssen und Diskussionen des ersten Beratungstages des außerordentlichen Parteitages der SED am 8./9. Dezember 1989, der Wahl des neuen Parteivorstandes und den Referaten von Gysi und Modrow: Neues Deutschland. 44. Jg. Nr. 290. 9./10. Dezember 1989, 1, 3f.; Nr. 291. 11. Dezember 1989, 1, 3–5. Der Parteitag wurde am 16./17. Dezember fortgesetzt und verabschiedete ein neues Statut für die fortan in SED-PDS umbenannte Partei (ebd. Nr. 297. 18. Dezember 1989, 1, 3–11; Nr. 298. 19. Dezember 1989, 3–8).

3 Nr. 129.

chen.⁴ Interessant sei, daß Ungarn für die DDR eine Art Modell zu sein scheine. MP Modrow habe eine Gruppe enger Mitarbeiter nach Budapest zu MP Németh geschickt, um sich die wesentlichen Grundlagen des ungarischen Reformweges anzuschauen und z.B. das Wirtschaftsrecht zu übernehmen. Die Lage in Polen sei kritisch. Es sei zwar guter Wille und Engagement vorhanden, die Versorgungs- und Wirtschaftslage sei jedoch absolut chaotisch – der Staatspräsident wirft ein, Polen sei immer chaotisch gewesen –; bei seinem Besuch habe StP Jaruzelski ihm gesagt, er sei der unpopulärste Pole; nach dem Papst sei MP Mazowiecki hingegen der populärste Pole. Der Bundeskanzler fährt fort, in Polen sei neben dem Nahrungsmittelsektor die Lage in der Energieversorgung sehr kritisch. Es sei absehbar, daß die EG im Winter in diesen Sektoren wahrscheinlich helfen müsse, vielleicht gelte dies auch für die Sowjetunion.

Der Staatspräsident stimmt dem Bundeskanzler zu und betont, er wolle im Hinblick auf seine Reise in die DDR einiges präzisieren. Der Bundeskanzler wisse, daß die Einladung von Honecker bei seinem Besuch in Frankreich⁵ abgesprochen worden sei. Er – der Bundeskanzler – habe ihm zugeraten, die Einladung anzunehmen. Daraufhin habe er gegenüber Honecker positiv reagiert. Der grobe zeitliche Rahmen des Besuchs sei uns schon länger bekannt gewesen. Krenz habe vor einigen Wochen in dem Dankschreiben auf die offiziell übliche Gratulation⁶ die Einladung erneuert. Er habe keinen Grund gesehen, negativ zu reagieren. Nur jetzt wisse er nicht, mit wem er es am 20. Dezember 1989 zu tun haben werde. Das Ganze habe ein wenig surrealistische Züge – niemand, auch er nicht, habe ahnen können, daß alles auf einmal so schnell gehen werde.

Der Bundeskanzler wirft ein, daß jedenfalls heute noch Herr Gerlach, der Vorsitzende der LDPD, als Stellvertreter von Krenz amtierender Staatsratsvorsitzender sei. Gerlach sei kein sehr reputierlicher Mann. Er wisse nicht, ob in der DDR die Absicht bestehe, noch vor Jahresende einen neuen Staatsratsvorsitzenden zu wählen.

Der Staatspräsident ergänzt unter Hinweis auf die bisher so rasante Entwicklung, bis zum 20. Dezember sei es noch weit hin. Jetzt sei im Grunde nicht der ideale Zeitpunkt für den Besuch. Er wolle den Besuch, dessen Vorbereitung ja seit einem Jahr laufe, aber jetzt nicht absagen – es sei denn, daß aktuelle Ereignisse ihm dies nahelegten. Ein Teil der Presse versuche, seinen Besuch und den Besuch des Bundeskanzlers unter dem Gesichtspunkt einer „Rivalität“ aufzuzeigen – dem sei aus seiner Sicht in keiner Weise so. Er fügt hinzu, daß er in seiner bisherigen Amtszeit viermal Ländern offizielle Besuche abgestattet habe, in denen eine Woche danach der Staatschef abgesetzt worden sei. Ähnlich ginge es ihm bei den Gipfeln mit den afrikanischen Ländern – irgendein Staatschef werde während des Gipfels regelmäßig zu Hause abgesetzt, und Frankreich müsse dann eine diskrete Bleibe finden.

Der Bundeskanzler betont, wenn die Lage in der DDR so bleibe, sehe er keinen Grund für den Staatspräsidenten, den Besuch abzusagen.

Der Staatspräsident betont, daß der Eindruck, den die Presse vermittele, er wolle unbedingt vor dem Bundeskanzler in die DDR, falsch sei. Er habe auf Einladung Honeckers hinreisen wollen und früh den zeitlichen Rahmen Ende 1989 gesteckt.

Der Bundeskanzler hebt hervor, daß der vorgesehene Termin für das nächste informelle Treffen zwischen dem Staatspräsidenten und ihm am 4. Januar ideal sei,⁷ um in aller Ruhe über die Gesamtentwicklung und die Besuchsergebnisse zu sprechen.

Der Staatspräsident hebt hervor, daß er dann den Bundeskanzler eingehend über sein Ge-

4 Nr. 124.

5 Generalsekretär Honecker besuchte Frankreich vom 7.–9. Januar 1988.

6 Schreiben des Staatspräsidenten Mitterrand anlässlich der Wahl von Krenz zum Staatsratsvorsitzenden in: Neues Deutschland. 44. Jg. 26. Oktober 1989, 2.

7 Nr. 135.

spräch mit Gorbatschow⁸ unterrichten werde. Sein Eindruck sei, daß es für Gorbatschow Fragen gebe, in denen er hart sei („points fermes“), und Fragen, in denen er nachgiebig sei („points à lâcher“). Erstaunlich sei für ihn die innere Ruhe Gorbatschows gewesen – er sei viel ruhiger als am 4. Juli in Frankreich gewesen.⁹ Gorbatschow habe ihm dies damit erklärt, daß die wesentlichen Grundlagen des Reformprozesses entschieden seien. Gorbatschow sei ihm weniger¹⁰ handelnd als philosophisch vorgekommen. Für ihn, den Staatspräsidenten, sei deutlich geworden, daß die Sowjetunion sich grundlegend verändert habe – es sei nicht mehr dieselbe Sowjetunion. Manchmal erscheine es ihm, als ob Gorbatschow in seine Pläne von vornherein die Folgeentwicklung eingebaut habe, als ob Gorbatschow eine klare Sicht der Zustände der sowjetischen Gesellschaft und ihrer Geschichte von Anfang an gehabt habe. Auf die Frage der deutschen Einheit habe Gorbatschow nicht scharf reagiert („pas de vive démonstration“) – wesentlich seien für ihn die Grenzen („cher sur les frontières“). Hierin liege ein gewisser Widerspruch, wobei die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR von der Natur und Art von vornherein nicht mit anderen Grenzen vergleichbar sei. Was er, Mitterrand, noch nicht absehen könne und begreife, sei die Frage, wie Gorbatschow bei einer sehr raschen Entwicklung zur Einheit hin reagieren würde. In der DDR stehe die sowjetische Armee, die DDR sei ein Kernland für den Warschauer Pakt. Er sehe im übrigen nicht, wie und daß zwei verschiedene Allianzen (in einem Land) koexistieren könnten. Für Gorbatschow sei der Warschauer Pakt quasi das „letzte Bollwerk“ (le dernier rempart). Unterhalb dieser Ebene sei für Gorbatschow wohl alles akzeptabel. Er, Mitterrand, glaube aber, daß der Warschauer Pakt allein für die Sowjetunion zur Zeit noch diese Bedeutung habe, nicht aber mehr für die anderen Länder Osteuropas. Er glaube nicht an die Aufrichtigkeit der neuen Führer, wenn sie ihre Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt betonten. Was sei ein Bündnis wert, das nicht mehr fähig für den Kriegsfall sei. Fähig sei allein noch die Sowjetunion – erhebliche Zweifel, wenn nicht eine negative Antwort seien im Hinblick auf die DDR, die ČSSR, Polen, Ungarn angebracht. Der Warschauer Pakt sei zur Fiktion geworden – allein Gorbatschow brauche ihn, um sich nach innen abzusichern, nur: Er könne ja nicht mehr Illusionen haben als wir.

Der Bundeskanzler betont, er stehe seit Sommer mit Gorbatschow in einem engen Dialog. Gorbatschow habe von Anfang an sein Kernproblem erkannt, die Sowjetunion auf das Jahr 2000 vorzubereiten – dies unter Berücksichtigung der Einsicht, daß aufgrund der Waffenentwicklung ein Weltkrieg nicht mehr gewinnbar sei. Die Sowjetunion und die USA seien Weltmächte, die sich waffenmäßig in einem Patt hielten, deren tatsächliche Weltmacht aber beschränkt sei (Beispiel: Gaddafi). Gorbatschow setze daher auf moderne Industrie und wisse, daß damit Gewinnstreben und ein Mehr an Freiheit einhergehen müsse, wirtschaftlich (und politisch) sei eine gewaltige Anstrengung notwendig, da das Land heute in Wahrheit zerrüttet sei. Zudem sei die Sowjetunion heute die letzte Kolonialmacht. Gorbatschow wolle alles dies ändern. Dabei dürften von außen keine Aktionen gefördert werden, die ihn von diesem Weg abbringen könnten. Er brauche aus inneren Gründen politisch den Warschauer Pakt. Ein übereiltes Vorgehen in der deutschen Frage in der jetzigen Lage würde Gorbatschows Reformprozeß zum Einsturz bringen. Daher versuche er – der Bundeskanzler – zu entdramatisieren, zu beruhigen und das Tempo nach unten zu drücken. Ihm gehe es darum, im europäischen Rahmen die Chance engerer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu nutzen, damit die Sowjetunion ihre „Urfurcht“ vor dem Westen verliere. Er halte deswegen auch engen Kontakt mit ihm. Gorbatschow habe leider in bezug auf die DDR seine Rat-

8 Auszüge aus den Gesprächen des Staatspräsidenten Mitterrand mit Generalsekretär Gorbatschow am 6. Dezember 1989 in Kiew: Attali, Verbatim III, 360–367.

9 Generalsekretär Gorbatschow besuchte Frankreich vom 4.–7. Juli 1989.

10 Hs. im folgenden gestrichen: „agierend“.

schläge nicht befolgt. Vor einem Jahr habe er ihm gesagt, die DDR müsse rasch Reformen einleiten, sonst drohe eine Explosion. Er habe ihm auch deutlich gemacht, daß Krenz keine Zukunft haben könne. Wenn die DDR vor 3 Jahren politische und wirtschaftliche Reformen eingeleitet hätte, wäre vieles heute leichter.

Der Staatspräsident stimmt der Analyse zu, daß Gorbatschow sich in einer kritischen Lage befinde. In bezug auf die DDR scheine Gorbatschow die politische Frage weniger Sorgen zu machen als die militärische Problematik. Ihn beschäftige die Frage der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik sehr – sie sei für ihn eher von militärischer als von politischer Bedeutung. Von anderer Natur sei die politische Grenze. Der Staatspräsident fährt fort, er wolle den Bundeskanzler darüber unterrichten, daß die Sowjetunion gestern bei den drei westlichen Garantemächten demarchiert und um ein Treffen der vier Botschafter in Berlin gebeten habe.

Der Bundeskanzler fragt nach dem von der Sowjetunion genannten Thema. Berlin?

Der Staatspräsident sagt zu, bei AM Dumas Genaueres in Erfahrung zu bringen, und betont, daß Frankreich sich der sowjetischen Bitte nicht entziehen könne. Die drei westlichen Alliierten – in bestimmtem Maße auch die Sowjetunion – seien bisher eher Zuschauer der Ereignisse. Für die Sowjetunion stünden aber ihre Truppen in der DDR „auf dem Spiel“ (*l'enjeu sont les troupes ...*). Er habe noch nicht darüber nachgedacht, wie man sich in den Vierergesprächen verhalten solle, der Fragenkomplex mache ihm aber Sorgen – wie solle man sich z. B. verhalten, wenn die Sowjetunion ein Treffen der vier Staats- und Regierungschefs verlange? Auf eine solche Eventualität müsse man vorbereitet sein und reagieren. Man müsse daher gemeinsam anfangen, über diese Fragenkomplexe nachzudenken.

Jacques Attali erläutert nach Rücksprache mit AM Dumas, daß die Sowjetunion ein Treffen der vier Botschafter zum Thema „Berlin“ erbeten habe, und zwar der drei westlichen Botschafter in Bonn und des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin.¹¹

Der Staatspräsident betont, daß Frankreich die Bundesregierung über das Gespräch unterrichten werde. Frankreich werde gegenüber der Sowjetunion nicht initiativ tätig werden. Die Kanzleien sollten zu dem ganzen Fragenkomplex engen Kontakt halten und gemeinsam nachdenken. Das Verlangen der Sowjetunion sei jedenfalls kein Zufall.

Der Bundeskanzler hebt hervor, daß man in Ruhe abwarten solle, was die Sowjetunion vortragen werde. Gorbatschow müsse jedenfalls wissen, daß wir nichts Unüberlegtes tun und beruhigend einwirken wollten. Er habe keine Hinweise darauf, daß es Probleme in bezug auf die sowjetischen Truppen in der DDR durch die aktuelle Entwicklung gebe. Die Sowjetunion selbst habe Probleme mit ihren Soldaten – insbesondere schlechter Sold und Mangel an Disziplin seien daran schuld. Zudem wirke die Freiheitsbewegung in Mittel- und Osteuropa ansteckend. MP Németh habe ihm gesagt, er habe wegen russischer Deserteure Probleme mit der Sowjetunion. Auch in der sowjetischen Armee sei ein Gärungsprozess in Gang gekommen.

Der Staatspräsident weist darauf hin, daß er nicht sicher sei, ob Gorbatschow im Hinblick auf das Ziel des Vierer-Treffens ausschließlich an die Erörterung militärischer Probleme denke. Er nehme dies nicht an.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu.

Bitterlich *F.d.R. H[artmann] 15/12*

11 Dazu Nr. 121.